









EIGENTUM  
DES  
INSTITUTS  
FÜR  
WELTWIRTSCHAFT  
KIEL

BIBLIOTHEK

Nr. II 13318

# Arbeitskräfte und Colonisation

von  
Herrn Dr. Hermann Döring

1894

Verlag von G. Fischer, Stuttgart

Erster Band. 1894. 2. Auflage. 1894.

Preis 1.00 M.

Stuttgart

Druck von G. Fischer

Verlag von G. Fischer, Stuttgart

1894

1894

1894

1894

1894

1894

1894

1894







# Arbeiterfrage und Kolonisation

in den

östlichen Provinzen Preußens.

## Rede

zur Vorfeier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers und Königs

in der

Königlichen Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin

am 26. Januar 1892

gehalten von

**Dr. Max Gering,**

Professor der Staatswissenschaften.



9396



Berlin.

Verlag von Paul Parey.

Verlagsabteilung für Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwesen.

SW., 10 Hedemannstraße.

1892.





Sonderabdruck aus der „Deutschen Landwirtschaftlichen Presse“ 1892.





Wenn ein Wanderer, von Norden kommend, die Peene überschritten und das altpreussische Pommernland betreten hat, so bemerkt er halb eine auffallende Veränderung des Bildes, welches ihm die menschlichen Ansiedlungen bieten. Jenseits des Flusses, in Neuvorpommern, ein ansehnliches Gut neben dem andern, beschauliche Parkanlagen, mächtige Wirtschaftsgebäude, daneben die kleinen Katen der Gutstagelöhner. Selten ein Bauerndorf, bestehend aus wenigen Gehöften. Diesseits der Peene giebt es zwar auch zahlreiche Rittergüter, aber sie liegen ziemlich gleichmäßig untermischt mit großen und kleinen Dorfschaften.

Erinnert die neuvorpommernsche Landschaft an die englischen und manche nordamerikanischen Farmdistrikte, so findet man für die Besiedlungsverhältnisse in Altpreussisch-Pommern kaum eine andere treffende Analogie als diejenigen der übrigen ostelbischen Provinzen Preußens. In der That trifft man da fast überall Gutsbezirke und Dorfgemeinden nebeneinander, und in den meisten Teilen gehört die größere Hälfte der landwirtschaftlich benutzten Fläche den Bauern, nicht aber den Großgrundbesitzern.

Die agrarhistorische Forschung hat uns vollkommen darüber aufgeklärt, wie es kommt, daß wir hier noch einen Mittelstand finden, den eine ungehemmte gesellschaftliche Entwicklung in Neuvorpommern und Mecklenburg, wie in England und Irland vernichtet hat. Die Erhaltung des Bauernstandes bildet einen der schönsten Ruhmesitel der Vorfahren des Herrschers, den zu ehren wir hier versammelt sind. Die



Könige des vorigen Jahrhunderts, Friedrich Wilhelm I., Friedrich der Große und seine beiden Nachfolger, haben das bäuerliche Besitztum vor der politischen und wirtschaftlichen Übermacht des Adels zu schützen und den alten Bestand, ohne Ansehen der Person und mit äußerster Strenge wiederherzustellen gewußt, wo immer er gestört war. Sie haben zugleich durch eine umfassende kolonisatorische Thätigkeit tausende von neuen Bauernstellen geschaffen. Wenn es heute eine Partei in Deutschland giebt, welche die Anschauung vertritt, die Staatsregierung sei unter jeglicher Verfassung niemals etwas anderes und höheres, als ein Ausschuß der gesellschaftlich-mächtigen Klassen, so können unsere Bauern sie eines Bessern belehren.

Und dennoch — wer wollte behaupten, daß die gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Verfassung unserer östlichen Provinzen, dank der Arbeit jener Könige, eine glückliche sei.

Das Leben der Völker steht nicht still; gleichsam nur kurze Feiertunden sind es, welche eine Nation zu ruhiger Freude am Errungenen berechtigen. Was noch in den ersten Decennien dieses Jahrhunderts die besten Kräfte unseres Staats bewegte, die Befreiung und Festigung des Bauernstandes, liegt heute als eine abgeschlossene Entwicklung hinter uns.

Neue und breitere Schichten der Bevölkerung sehen wir empordrängen zu erhöhter Unabhängigkeit und Teilnahme an den Früchten der gesellschaftlichen Kulturarbeit. Heute ist es die ländliche Arbeiterfrage, welche nicht minder bringend eine Lösung erheischt, als dereinst die Bauernfrage; angesichts der neuen Aufgabe erscheint uns bereits die ältere Agrargesetzgebung als lückenhaft, unsere Zeit aber berufen, diese Lücken auszufüllen.

Die ländliche Arbeiterfrage der Gegenwart in großen Zügen und in ihrer historischen Bedingtheit zu behandeln, dürfte nicht unwürdig sein des heutigen Festes. Denn wenn es der Zweck dieser Hochschule ist, die wissenschaftliche Erkenntnis der wirtschaftlichen Lebensbedingungen unserer landbautreibenden



Bevölkerung zu fördern, so können wir die Feier des Geburtstages unseres Allerhöchsten Schirmherrn, des Kaisers und Königs, kaum besser begehen, als daß wir uns zur Betrachtung eines wichtigen Problems der heutigen Agrarpolitik in demjenigen weiten Zusammenhange erheben, welcher über den alltäglichen Drang kleinerer Sorgen und Studien hinausführt.

Die Wurzeln der ländlichen Arbeiterfrage reichen zurück in jene sturmbelegten Tage der napoleonischen Kriege, da die Lenker des preussischen Staates sich die Aufgabe stellten, das tiefgebeugte Gemeinwesen durch eine Neuordnung seiner sozialen Verhältnisse wieder aufzurichten. Die Gutsunterthänigkeit wurde im Jahre 1807 aufgehoben, und nunmehr handelte es sich darum, durch Beseitigung der Fronen und Umwandlung der unsicheren Besitzverhältnisse der Bauern in Eigentum am Boden die Grundlage zu schaffen für eine ungehemmte Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Kraft und ihres kommunalen Zusammenlebens. Es war eine Fortführung des großen Werkes, welches die Könige des vorigen Jahrhunderts angebahnt und auf ihrem ausgedehnten Domanium im wesentlichen vollendet hatten.

Eine Schranke stellte sich indessen den bauernfreundlichen Absichten entgegen, welche die preussischen Staatsmänner weder überschreiten konnten noch wollten: Die Bauernbefreiung durfte nicht zum Ruin der Gutsherren führen. Das forderten nicht nur Erwägungen der Gerechtigkeit, sondern zugleich politische und wirtschaftliche Gründe. War doch der preussische Adel längst aus dem schlimmsten inneren Feinde zur festesten Stütze der Krone geworden; seine Söhne stellten die Führer in der Armee und hatten auf allen Schlachtfeldern geblutet, und die Tugenden dieses Adels wurzelten gerade darin, daß seine Angehörigen sich in tüchtiger wirtschaftlicher Arbeit dem Ackerbau widmeten, daß sie nicht verschmähten, Brautjunker zu sein, anstatt nach Art des französischen Adels sich mit der Stellung von rentenverzehrenden Hof-



leuten zu begnügen. Die großen, nicht aber die Bauerngüter sind zudem die Träger aller Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik.

Sollte nun aber der Großbetrieb erhalten bleiben, so genügte es nicht, wenn man den Bauern eine Geld- oder Landentschädigung für die wegfallenden Spann- und Handdienste auferlegte, — man mußte Sorge tragen, den Rittersgütern, deren Flächen gerade durch die Landentschädigungen noch eine wesentliche Vergrößerung erfuhren, die erforderlichen Arbeitskräfte zu sichern. Dies geschah bekanntlich in der Weise, daß man, entgegen den noch weitergehenden Wünschen der Ritterschaft, alle diejenigen von der Reform zunächst ausschloß, welche schon bisher mehr die Stellung von Gutсарbeitern als von eigentlichen Bauern gehabt hatten: Das waren die zu Handdiensten verpflichteten Inhaber kleiner, nicht spannfähiger Stellen.

Gewiß trat in den Verhandlungen über diese Frage, wie nicht zu verwundern ist, viel engherziger Klassenegoismus zu Tage, aber man wird nicht verkennen können, daß der gewählte Ausweg die einfachste, nächstliegende und nach dem Stande der damaligen sozialpolitischen Einsicht die allein mögliche Lösung der vorliegenden Schwierigkeit gewesen ist. Es hat sich zu jener Zeit kaum eine Stimme — auch nicht aus dem Bauernstande — zu Gunsten der kleinen Leute erhoben. Beklagenswert, auch von jenem Standpunkte aus, war nur, daß man zugleich einen freilich nur geringen Teil der spannfähigen Ackerndungen dem Klasseninteresse der Gutsherren durch die Deklaration von 1816 preisgab.

Die nichtspannfähigen Stellen hatten nun, um die weitere Entwicklung Ihrer Erinnerung zurückzurufen, ein verschiedenes Schicksal, je nachdem sie bereits zu Erbpacht und Eigentum befaßen wurden oder eines festen Besitzrechtes entbehrten. Die ersteren haben ihre Fronen bis zum Jahre 1850 fortgeleistet, sind aber in ihrem Bestande unverändert geblieben



und haben seit jener Zeit die Dienstpflichten abgelöst. Die andere Klasse aber, die der auf Kündigung oder auf Zeit angelegten sogenannten Lässiten, verlor infolge des eingeführten Princips des freien Güterverkehrs den polizeilichen Schutz, vermöge dessen im vorigen Jahrhundert auch ihre Stellen fortbauernnd besetzt gehalten werden mußten. Von der bauerlichen Eigentumsregulierung ausgeschlossen, sind dieselben in den Jahren 1816 — 1848 größtenteils zum Gutslande eingezogen und ihre Inhaber in Gutstagelöhner verwandelt worden. Als man im Jahre 1850 auch den spannungslosen Lässiten das Recht verlieh, auf ihren einseitigen Antrag das freie Eigentum an ihren Stellen zu erwerben, kam diese Maßregel zu spät für die große Masse derselben. Die ehemaligen Besitzer bildeten bereits den Kern der neuen Arbeitsverfassung, welche die Großgüter inzwischen ausgebildet hatten. Das Wesen dieser Verfassung liegt darin, daß sie sich nicht mehr stützt, wie in alter Zeit, auf die erzwungenen Spann- und Handfronden eines zahlreichen Klein-Grundbesitzes, sondern auf die im freien Arbeitsvertrag gebundenen Dienste des um Hunderttausende vermehrten Standes gänzlich besitzloser Tagelöhner.

Gewiß hat sich mit Hilfe dieser Entwicklung der Uebergang der Gutswirtschaft in die neuen Verhältnisse ohne Erschütterung und der bedeutende Aufschwung der letzteren vollzogen, den wir bis in die siebziger Jahre hinein beobachten können. Aber heute erkennen wir in jenen Vorgängen zugleich den wesentlichsten Grund für alle die sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen die östlichen Provinzen und nicht zum mindesten die dortige Gutswirtschaft gegenwärtig zu leiden haben. Seit den grundlegenden Untersuchungen von G. F. Knapp wissen wir, daß die preussische Agrarreform des 19. Jahrhunderts zwar den bauerlichen Mittelstand emporgehoben, aber die Zahl der kleineren Stellen stark gemindert und den besitzlosen Arbeiterstand gänzlich über-



gangen, ja man kann mit geringer Uebertreibung sagen, erst geschaffen hat.

Denn nun erst vollzog sich die klassenmäßige Scheidung des Arbeiter vom Bauernstande. Bis zur Agrarreform dienten die Bauernkinder im Gesindebienst mit den Tagelöhnern zusammen, die Bauern halfen mit auf dem Gut, und der ärmste Instmann sah die Möglichkeit vor sich, daß ihm zum Lohn für tüchtige Leistungen eine erledigte lassetische Bauernstelle zufallen werde. Heute ist der Instmann persönlich frei, aber seine Stellung in der Gesellschaft hat sich nicht gehoben, sondern verschlechtert. Heute trennt den Tagelöhnerstand im Osten von den übrigen Volksschichten seiner Heimat eine tiefe Kluft, die zu überschreiten auch den Besten kaum möglich ist. Wenn auch eine größere Zahl von Büdnern und Häuslern aus früheren Jahrhunderten überkommen und durch Teilungen von Bauernland der Klein-Grundbesitz eine gewisse Vermehrung erfahren hat, so ist es doch eine Thatsache, daß dem fleißigen und sparsamen Gutstagelöhner im Osten nur selten die Gelegenheit geboten ist, sich ein kleines Grundeigentum zu erwerben und so innerhalb seines Berufes gesellschaftlich emporzusteigen.

Die soziale Trennung vom Bauernstande findet ihren verwaltungsrechtlichen Ausdruck darin, daß die Instleute als Inassen von Gutsbezirken keinerlei Anteil am Gemeindeleben haben; die liberalen Bestimmungen der neuen Landgemeinde-Ordnung finden auf sie keine Anwendung.

Ihre lokale Obrigkeit ist nach wie vor der Gutsherr, von dem sie ein weiter Abstand der Bildung und der gesellschaftlichen Traditionen trennt, während sie die Form der vorwiegenden Naturallohnung der Güter doch in engster Abhängigkeit von ihren Dienstherrn erhält. Die räumliche Abgeschiedenheit von ihren Arbeitsgenossen und das bestehende Arbeitsrecht hindert sie, von demjenigen Mittel Gebrauch zu machen, durch welches die in den Städten und Bergbau-



distrikten zusammengebrängten Industriearbeiter ihre soziale Position zu stärken wissen: von der Vereinsbildung.

Man hat darauf hingewiesen, daß der letzte Grund der sozialen Frage der Gegenwart weniger in einer unbefriedigenden materiellen Versorgung der arbeitenden Klassen zu erblicken sei, als in dem Widerspruch, welcher zwischen einer starren wirtschaftlichen Abhängigkeit und klassenmäßigen Isolierung auf der einen und den in alle Volksschichten immer tiefer einbringenden Idealen der Freiheit und Menschenwürde auf der anderen Seite besteht und im Zeitalter des allgemeinen politischen Wahlrechts, der Wehr- und Schulpflicht den Massen zum vertieften Bewußtsein kommen mußte. In der That unterliegt es keinem Zweifel, daß diese ethischen und psychischen Momente nicht nur unter den gewerblichen, sondern auch unter den landwirtschaftlichen Arbeitern das wesentlichste Motiv bilden für das um sich greifende Mißbehagen derselben. Die materiellen Lebensbedingungen der Gutstagelöhner haben sich innerhalb der letzten 50—80 Jahre ungemein gehoben, ihre Löhne vielleicht verdoppelt, ihre Wohnungsverhältnisse gebessert. Aber ihre gesellschaftliche Stellung ist unverändert geblieben.

Unter den Industriearbeitern fand jene Empfindung der Unzufriedenheit ihren Ausdruck in einer gewaltigen politisch-sozialen Bewegung, unter den Landarbeitern in der immer mächtiger anschwellenden Auswanderung. Den Anstoß dazu gaben die technischen Umwälzungen, welche im mittleren und westlichen Deutschland die Industrie schufen und gleichzeitig mit ungeahnter Raschheit zur wirtschaftlichen Erschließung fremder, noch unbefetzter Teile der Erde führten. In den Städten und Industriebezirken Deutschlands fanden die Landarbeiter, was ihnen in ihrer Heimat fehlte: ein größeres Maß von Unabhängigkeit und Lebensgenuß, vielfach zugleich ein reichlicheres Auskommen; in Nordamerika aber die Erfüllung ihres Herzenswunsches: den Erwerb einer eigenen Scholle Landes.



Bedroht das Bestehen scharfer sozialer Gegensätze innerhalb der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Ostens unsere nationale Entwicklung mit schweren Gefahren in einer Zeit gesteigener Ansprüche der arbeitenden Klassen und der Ausbildung und Verschärfung entsprechender Gegensätze innerhalb der Industrie, so bedeuten die Massenauswanderungen der slawischen Arbeiterschaft zugleich eine schlimme wirtschaftliche Schädigung unseres Landes und namentlich seiner östlichen Provinzen.

Während die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik und die Konkurrenz der Getreide exportierenden Länder den entschlossenen Uebergang zu intensiverer Kultur dringend erheischen, fehlt die erste Voraussetzung dazu: die menschliche Arbeitskraft. Ist es doch schon vielerorts dazu gekommen, daß die Getreide- und Kartoffel-Ernte nicht vollständig und nicht rechtzeitig eingebracht werden konnte, daß es selbst im Winter an den nötigen Arbeitskräften mangelt. Es fehlt der Landwirtschaft an einem gesicherten lokalen Absatz und ausreichenden Preisen für ihre Produkte, weil die städtische und industrielle Entwicklung des Ostens — außerhalb der schlesischen Montangebiete — gleichsam stecken geblieben ist, und das ist wiederum vornehmlich deshalb der Fall, weil Handel und Industrie des Rückhaltes an einer dichten und wohlhabenden Landbevölkerung entbehren. Und wie der Osten gleichsam an Blutleere, an Menschenmangel, so leiden andererseits die Industriebezirke im Westen unter dem übermäßigen Andrang von Arbeitskräften, nimmt das Uebel der Arbeitslosigkeit dort immer mehr überhand. Das allzuschnelle Anwachsen der Großstädte schädigt die physische und moralische Gesundheit unserer Nation, die Abwanderung ins Ausland unsere militärische Kraft. Und alle diese Erscheinungen stehen im engsten Zusammenhange mit der unbefriedigenden Grundbesitzverteilung und der im Anfang unseres Jahrhunderts, wenn nicht begründeten, so doch verallgemeinerten Arbeitsverfassung der großen Güter im Osten.



Alle Versuche, dieselbe etwa durch Einschränkung des Rechts der Freizügigkeit aufrechtzuerhalten, würden soviel bedeuten, wie eine zerfallende Festung mit Holzpalissaden sichern zu wollen. Denn allerdings befindet sich jene Verfassung bereits in voller Auflösung; immer mehr treten freie und Wanderarbeiter an die Stelle der aufs Jahr engagierten Gutstagelöhner mit ihren Hofgängern. Daß aber dadurch das soziale Uebel nicht gemindert, sondern verschärft wird, ist allen Einsichtigen völlig klar. Der freie besitzlose Tagelöhner steht heute materiell schlechter als der Justmann. Die Wanderarbeiter aber bilden die unterste Stufe der proletarisierten Arbeiterschaft, auch wo sie den reichlichsten Verdienst finden; denn hier entstehen überhaupt keine menschlichen und dauernden Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, von einem Gemeindeleben, welches den einzelnen sittlich erfaßt und hebt, ist nicht der leiseste Ansatz vorhanden.

Auch vom Standpunkt der wirtschaftlichen Produktion aus betrachtet, kann die Wanderarbeiterschaft als ausreichender Ersatz für einen sesshaften Arbeiterstand nicht betrachtet werden; mit Bangen sehen viele Besitzer, namentlich in den Rüben-gegenden, Jahre kommen, wo der Zuzug infolge irgendwelcher wirtschaftlicher oder politischer Verwickelungen ausbleiben und der Hackfruchtbau ohne weiteres eingestellt werden müßte.

Wer immer die geschichtliche Entwicklung und die gegenwärtige Sachlage in ihren inneren Zusammenhängen übersteht, kann nicht zweifeln, daß die einzige durchgreifende Hebung der vorliegenden Schwierigkeiten in einer Ausfüllung derjenigen Lücken zu finden ist, welche die ältere Agrargesetzgebung gelassen hat; es handelt sich darum, den fehlenden Übergang vom besitzlosen Arbeiter zum spannfähigen Bauer durch Vermehrung des Kleingrundbesitzes herzustellen.

Dies ist nicht so zu verstehen, als ob es darauf ankäme, die Gutstagelöhner sämtlich zu kleinen Grundeigentümern zu machen, ihnen Stellen zu geben, groß genug, um ihnen im



Alter einen Platz zu sichern, wo sie ihre Invalidenrente verzehren können, aber doch klein genug, um sie zum Aufsuchen von Arbeit auf dem Gute zu zwingen, so lange sie arbeitsfähig sind. Das Schlagwort „Seßhaftmachung der Arbeiter“ formuliert die Aufgabe gleichzeitig zu eng und zu weit. Zu eng, weil es mit der Gründung von „Arbeiterkolonien“ nicht gethan ist, zu weit, weil es gar nicht darauf ankommt, die Gutstagelöhner allgemein durch Kleingrundbesitzer zu ersetzen. Manche der schon bestehenden, namentlich in Westpreußen geschaffenen Parzellen-Ansiedlungen in Gutsbezirken, haben zwar dem Wirtschaftsbetriebe mit Hilfe höchst drückender Verträge Arbeitskräfte gesichert, aber die Lage der Kolonisten ist thatsächlich viel ungünstiger, vor allem abhängiger als die der eigentlichen Instdleute, weil diese nicht wie jene an das einzelne Gut gebunden sind. Anderswo aber sind solche Parzellenkolonien gerade zu Centren der Sachsehgängerei geworden, und Gemeinden, welche den modernen Anforderungen des Begebaus, der Schul- und Armenpflege entsprechen, sind nur unter besonders günstigen Verhältnissen, — z. B. vereinzelt in Pommern, daraus geworden.

Vor allem geben die Arbeiterkolonien dem fleißigen und tüchtigen Manne kein ausreichendes Ziel für sein Fortkommen; sie überbrücken nur ungenügend die vorhandene Kluft zwischen Arbeiter und Bauer. Gerade die besten Ansiedler werden immer wieder ihr Ziel in der Abwanderung suchen. Worauf es ankommt, ist, eine solche Stufenleiter von kleinen und mittleren Besitzungen zu schaffen, daß den energischen Elementen ein Weg zu den oberen Schichten der ländlichen Bevölkerung eröffnet wird. Es wird sich darum handeln, teils die vorhandenen Landgemeinden in dieser Weise auszubauen, teils ganz neue Gemeinden zu gründen, welche kleinere und größere Besitzungen vereinigen. Auf diese Weise und nicht anders wird das vorliegende Problem nach allen Seiten, nach der Richtung der Bevölkerungs-, der Sozial-



und Wirtschaftspolitik eine befriedigende Lösung finden, werden zugleich die Interessen des Staates, der Arbeiter und der großen Güter durchgreifend gewahrt werden können.

Die letzteren werden einen hinreichenden Zuzug von Arbeitskräften finden. Das Gutstagelöhnerverhältnis besteht fort, aber ein größerer Teil der Dienstleistungen als bisher wird von freien, grundbesitzenden Arbeitern aus den Nachbargemeinden und ihren Kindern besorgt, die eigentlichen Gutstagelöhner nehmen mehr und mehr die Stellung des heutigen Gesindes ein, indem sie ihr Arbeitsverhältnis vielfach als Durchgangsstadium bis zur Verheiratung und zum Beginn einer eigenen Wirtschaft auffassen.

Woher aber die bedeutenden Flächen nehmen, welche für die erwünschte Kolonisation erforderlich sind? Außerhalb der Moorkolonien steht unkultiviertes Areal nicht zu Gebot. Die Kolonien können nur durch Abtrennung von Domänen und vor allem von Privatgütern gewonnen werden.

Werden sich die Gutsbesitzer freiwillig zu solchen Parzellierungen verstehen? Gewiß widerstreben dem gewichtige Vorurteile. Aber die wirtschaftlichen Interessen sind mächtiger als die Vorurteile. Und das Interesse gebietet die Parzellierung nicht nur in Rücksicht auf die Sicherung der Arbeitskräfte, sondern auch um deswillen, weil die meisten unserer Großgüter angesichts der Anforderungen der intensiven Kultur zu groß sind — zu groß sowohl wegen der bestehenden Verschuldung und des Mangels an ausreichendem Betriebskapital, zu groß namentlich aber auch in technischer Hinsicht: Die Außenschläge sind für den Besitzer oft ganz wertlos, weil „der Ertrag am Wagen hängen bleibt“.

Thun mehrere benachbarte Gutsbesitzer ihre aneinanderstoßenden Außenschläge zusammen, so ist damit das Areal für eine künftige Landgemeinde gegeben; in anderen Fällen wird die Parzellierung eines wesentlichen Teils der einzelnen Gutsfelbmark genügen, in anderen wiederum die Zerschlagung



des ganzen Guts als eine für alle Teile nützliche Maßregel sich erweisen. Dadurch werden die Besitzer ihre Schulden mindern, oft genug werden sie von der zurückbehaltenen Fläche vermöge der Konzentrierung ihrer Mittel einen Reinertrag erzielen, der dem früheren nicht nachsteht. Die abverkauften Parzellen aber bringen den doppelten Ertrag wie früher, weil jeder der neu errichteten Höfe gleichsam einen kleinen Thünenschen Kreis für sich bildet.

Von der Voraussetzung, daß die Gutsbesitzer freiwillig zur Parzellierung schreiten werden, wenn man ihnen die Wege dazu ebnet, geht das neue Gesetz, betr. die Beförderung der Errichtung von Rentengütern, aus. Was bisher mehr als alles andere die großen Güter fest geschlossen hielt und die Neuerrichtung von Bauern- und Arbeiterstellen oft geradezu unmöglich machte, waren die Hypothekenschulden der ersteren und die Schwierigkeit, zu ihrer Ablösung und zum Aufbau der neuen Hofsagen Kredit zu finden. Nunmehr stellt der Staat seinen Kredit und gleichzeitig seine Agrarbehörden für die Zwecke der inneren Kolonisation den Privaten zur Verfügung. Der Wiederhall, den dieses Vorgehen bei den Gutsbesitzern gefunden hat, ist ein überraschend lebhafter gewesen. Noch ist nicht ein halbes Jahr seit der Ausgabe des erwähnten Gesetzes verflossen, und schon sind die Parzellierungsanträge so zahlreich eingelaufen, daß allein der Generalkommission zu Frankfurt a. O. gegenwärtig etwa 20 000 ha Land zur Bildung von Rentengütern zu Gebote stehen.\*) Gelingt es, die ersten Unternehmungen dieser Art zur Zufriedenheit beider Parteien auszuführen, so stehen wir am Anfang einer Bewegung, welche die seit einem Jahrhundert unterbrochene kolonisatorische Thätigkeit des preußischen Staates im größten Stile

---

\*) Nachtrag. Bei der Generalkommission zu Bromberg sind rund 67 000 ha für Ansiedlungszwecke zur Anmeldung gelangt. Im ganzen Königreich beträgt die hierfür verfügbare Fläche zur Zeit etwa 100 000 ha.



wieder aufnimmt. Es handelt sich nur darum, daß sich die Generalkommissionen ihrer Aufgabe gewachsen zeigen. Ganz fehlt es ihnen nicht an Übung auf dem ihnen zugewiesenen neuen Gebiete, denn jedes Zusammenlegungsverfahren ist eine Art von Kolonisation, und doch ist es etwas anderes und größeres, ganz neue Ansiedlungen ins Leben zu rufen, als die Besiedlungsverhältnisse einer vorhandenen Gemeinde neu zu ordnen.

Da hat es sich nun glücklich gefügt, daß wir seit einigen Jahren bereits ein Versuchsfeld besitzen, dessen Bestellung unserer Verwaltung Gelegenheit gegeben hat, kolonisatorische Erfahrungen zu gewinnen und einen Stamm von geschulten Kräften heranzubilden.

Bekanntlich hat das Gesetz vom 26. April 1886 der Staatsregierung einen Fonds von hundert Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um durch Gründung von deutschen Ansiedlungen in Westpreußen und Posen „kolonisierenden Bestrebungen“ entgegenzutreten, und es erscheint von höchstem Interesse, zu prüfen, in welcher Weise die dort eingesetzte Ansiedlungskommission der ihr gestellten Aufgabe genügt hat.

Die sozialpolitischen Ziele des Posenschen Ansiedlungsgesetzes sind durchaus dieselben, welche das Rentenguts Gesetz für die übrigen Provinzen verfolgt. Die gerade in den Ansiedlungsprovinzen besonders schroffe Trennung von Arm und Reich soll durch Schaffung kleiner Anwesen — erreichbar dem strebsamen Arbeiter und Kleinbauer — künstlich überbrückt werden.

Es läßt sich aber nicht verkennen, daß diese soziale Aufgabe in Posen durch die damit verquickten Ziele nationalpolitischer Natur wesentlich erschwert worden ist. Will man das Werk der Ansiedlungskommission gerecht beurteilen, so wird man neben der kurzen Zeit ihrer Thätigkeit jenes Moment in Rücksicht ziehen müssen.

Zunächst ist die Kommission durch ihre germanisierenden Tendenzen auf den Erwerb von polnischen Besitzungen



beschränkt. Dadurch werden die Kaufpreise für die Güter in die Höhe getrieben, und die Behörde gelangt regelmäßig in den Besitz von solchen Gütern, deren Kulturzustand gering, oft genug von solchen, deren Boden gänzlich ausgesogen ist. Die Kommission hat sich entgegen ihrer ursprünglichen Absicht genötigt gesehen, die Besiedlung durch die umfassendsten Meliorationsarbeiten, namentlich Drainagen, vorzubereiten. Damit wird zwar die posen = westpreussische Kolonisation nach Art der Friedericianischen zu einem bedeutenden Akt praktischer Produktionspolitik, zugleich aber ergibt sich eine beträchtliche Verzögerung des Ansiedlungswerkes und eine entsprechende Verlängerung der durch staatliche Verwalter geführten Gutswirtschaft, welche schon vermöge der von der Oberrechnungskammer gestellten Anforderungen schwerfällig und teuer ist.

Wie in ihren Landerwerbungen, so ist die Kommission auch in ihren Veräußerungen auf einen bestimmten Kreis von Personen, nämlich im wesentlichen auf solche deutsche Bauern und Arbeiter beschränkt, welche noch nicht in den Ansiedlungsprovinzen Grundbesitz haben. Sie zieht die Kolonisten vielfach von bedeutenden Entfernungen, aus wirtschaftlichen Gründen größtenteils von West- und Süddeutschland heran, es handelt sich also mehr um eine äußere, als um eine innere Kolonisation. Die Ansiedler haben zunächst eine schwierige Zeit des Einlebens in ganz fremde Verhältnisse durchzumachen, es fehlt ihnen die Anlehnung, welche die Kolonisten bei Verwandten, Freunden oder in ihrer eigenen bisherigen Wirtschaft überall da finden, wo die Aufteilung eines Landguts an Leute aus der nächsten Nachbarschaft in Frage steht.

Die Ansiedlungskommission vermeidet ferner, was anderweitig Parzellierungen finanziell sehr erleichtert hat, Grundstücke zu veräußern, welche nur zur Vergrößerung des Besitzes schon ansässiger Bauern dienen. Abgesehen von den



nicht einmal überall bestehenbleibenden Restgütern bedeckt sie die ganze Gutsfläche mit neu aufzubauenden Stellen, und ihre Restgüter überschreiten regelmäßig nicht das Maß größerer Bauernhöfe, obwohl dieses dem Gesetz entsprechende Vorgehen eine Verwertung der vorhandenen Gutsgebäude auch nur zu einem wesentlichen Teil ihres Ankaufspreises unmöglich macht.

Alle derartigen Schwierigkeiten werden nicht vorhanden oder doch von geringerer Bedeutung sein bei den Parzellierungen, welche auf den Privatgütern in Aussicht stehen.

Die Rechtsformen, unter denen sich die Kolonisation in Posen und Westpreußen vollzieht, sind dieselben, welche das Rentenguts Gesetz den privaten Ansiedlungsunternehmungen zugänglich gemacht hat. Das dort zuerst ins Leben getretene Institut der Rentengüter hat sich durchaus bewährt. Es enthebt die Kolonisten der Notwendigkeit, Anzahlungen für den Vanderwerb zu machen. Es gestattet dem Ober-Eigentümer, längere Zeit hindurch oder dauernd die Hand über den Kolonien zu halten, unwirtschaftliches Parzellieren oder Zusammenschlagen der bäuerlichen Stellen zu verhüten. Das Rentengut hat also alle Vorzüge der Zeitpacht und vermeidet doch die Nachteile, welche dieselbe gerade für Kolonien wenig geeignet machen. Der Kleinpächter verwächst nicht so innig mit seiner Scholle wie der Eigentümer. Bei dem Rentengutsbesitzer sind alle Motive lebendig, welche den Eigentümer zu Fleiß und Sparsamkeit anspornen.

Wie hat sich nun auf Grund dieser allgemeinen Bedingungen das Werk der Ansiedlungskommission im einzelnen gestaltet?

Die Aufgabe des Kolonisators ist eine dreifache: 1. tüchtige Ansiedler zu gewinnen; 2. den Plan der Kolonie so zu entwerfen, daß die neugegründeten Stellen und Gemeinden günstige ökonomische Bedingungen für ihr Fortkommen erlangen; 3. den Ansiedlern mit Rat und vorsichtig bemessener



Hilfe so beizustehen, daß sie, ohne sich mit drückenden Schulden zu belasten, über die erste schwierige Zeit der Neueinrichtung hinwegkommen und den geregelten Wirtschaftsbetrieb möglichst bald erfolgreich beginnen können.

Bei einem Besuch in einer Reihe von posen = westpreussischen Ansiedlungen habe ich den Eindruck gewonnen, daß die schwierige Auswahl der Kolonisten der Kommission im großen und ganzen vortrefflich geglückt ist. Gerade eine staatliche Kolonisation unterliegt der dringenden Gefahr, daß sich Leute, die anderweit Schiffbruch gelitten haben, von der bauerlichen Wirtschaft nichts verstehen oder der harten Arbeit des Kolonisten moralisch nicht gewachsen sind, herandrängen. Die Kommission hat sich dagegen durch sorgfältige amtliche Erkundigungen und persönliche Prüfung jedes einzelnen Anwärters mit Erfolg zu schützen gewußt. Abgesehen von einigen unliebhaften Elementen, die sich trotzdem Eingang verschafft haben, kann man sagen: woher sie auch gekommen sind, von Schwaben oder aus Niedersachsen, von Pommern oder Preußen, die Kolonisten machen dem deutschen Namen alle Ehre; es sind ernsthafte, fleißige Wirte und gute Familienväter, die gewonnen zu haben für die Ansiedlungsprovinzen gewiß kein Nachteil ist. Bis jetzt sind rund 960 solche Familien mit 4—5000 Köpfen angesetzt worden.

Nicht minder halte ich die Ansiedlungen nach ihrer technischen Seite im allgemeinen für wohl gelungen. Man hat ihnen fast durchweg diejenige Form gegeben, welche zwischen der geschlossenen Dorflage und dem Hofsystern die Mitte hält, daher zwar ein engeres Gemeindegemeinschaft begünstigt, aber gleichzeitig jedem Kolonisten seine Grundstücke unmittelbar am Gehöft und möglichst zusammenhängend zuweist. Die Wohnhäuser stehen reihenweise den alten und den neu ausgelegten Wegen entlang, ein jedes auf dem zugehörigen Ackerstreifen. Wo die ungleiche Beschaffenheit des Bodens es erforderlich macht, sind für einzelne Besitzer auch zwei oder drei Ackerpläne





ausgelegt worden. Die Wiesenparzellen liegen naturgemäß meist gesondert für sich. Die kleinsten Stellen erhalten überall das beste Land in der Nähe des alten Guts Hofes. Sie sehen, wir haben hier eine Kopie der Kolonialdörfer vor uns, mit denen die deutschen Ansiedler schon in der Zeit vom 11. bis 14. Jahrhundert manche Gegenden des Slavengebietes durchsetzt haben.

Zwei Drittel der ausgelegten Stellen gehören dem kleinen Grundbesitz (5—20 ha) an. Ihre Besitzer haben heute so viel Hektar Land, wie sie früher an Morgen besaßen und wirtschaften ohne Zuhilfenahme fremder Arbeitskräfte mit 1 oder 2 Pferden. Ein Viertel der Stellen besteht aus Bauernhöfen von mehr als 20 ha, der Rest aus Handwerker- und Arbeiterstellen.

Die Kommission hat die neu gegründeten Gemeinden überall höchst ausgiebig, nämlich ebenso reich, wie es in Nordamerika üblich ist, mit öffentlichen Vändereien ausgestattet. Dieselben umfassen stets mindestens 5 pCt. der Gesamtfläche. Bethäuser und Schulen werden auf fiskalische Kosten eingerichtet, Lehrer und Geistliche von der Ansiedlungskommission vorläufig angestellt und besoldet. Die in einzelnen Gemeinden aufgebauten Krugstellen kommen nicht zum Verkauf, sondern nur zur Verpachtung, und kann der Gemeinde die Pacht zur Erleichterung ihrer öffentlich-rechtlichen Lasten zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Neubegründung der einzelnen Ansiedlerstellen leistet die Kommission die umfassendsten Beihilfen; der Verwalter des einzelnen zu parzellierenden Gutes dient dabei als sogenannter Ansiedlungsvermittler, d. h. er leitet das ganze Werk an Ort und Stelle; er schließt regelmäßig die Kaufpunktionen ab und weist den Ansiedlern ihre Baustellen an; er ist ihr täglicher Berater und eine Art von Vormund. Der Wirtschaftsapparat des Großbetriebs giebt ihm die Mittel in die Hand zur ausgiebigsten Förderung seiner Pflegebefohlenen.



Er bringt die neu Anziehenden in Gutsgebäuden oder in Holzbaracken vorläufig unter, stattet sie im ersten Jahre mit Mundvorräten an Roggen und Kartoffeln, mit Saatgut für die Frühjahrsbestellung, Raufutter und Stroh aus, leistet nach Möglichkeit Aushilfe mit Gespannleistung und vermittelt den Verkehr mit der Ansiedlungskommission. Die letztere besorgt die vorgeschriebene Feuer- und Hagel-Versicherung bei bewährten Gesellschaften unter Auswirkung von Rabatten. Um den Obstbau zu fördern, kauft sie Pflänzlinge im großen an und hat einen Teil der ersten Anschaffungskosten auf ihre Fonds übernommen; sie sorgt gleichzeitig für leicht faßliche Anleitungen zur Pflege der Bäume und für praktische Demonstrationen. In der Absicht, die Aufzucht von guten Viehrassen anzuregen, verleiht die Kommission neuerdings simmenthaler Vieh an die Ansiedler unter Verzicht auf jegliche Verzinsung der Kosten, aber unter Vorbehalt der Überwachung der Pflege und Fütterung.

Durch all diese Maßnahmen wird den Ansiedlern der Übergang in die neuen Verhältnisse in der That ungemein erleichtert und ihr Wirtschaftsbetrieb dauernd gefördert.

Wichtiger aber als die Gewährung solcher Beihilfen erscheint für die Wohlstandsentwicklung der Ansiedler die Aufgabe, die Ausrüstung der neubegründeten Stellen mit Gebäuden und Wirtschaftsinventar in zweckentsprechender Weise zu bewirken, und in dieser Richtung finde ich allerdings manches an dem Verfahren der Kommission auszusetzen. Ich behandle kurz die Frage des Aufbaus der Stellen in Zusammenhang mit der ihr eng verbundenen der Finanzierung der Ansiedlung überhaupt.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Kommission die vorhandenen Gutsgebäude nur unvollkommen zu verwerten in der Lage ist, weil sie größere Restgüter nicht bestehen läßt. Den daraus hervorgehenden Verlust trägt der Fiskus, denn wenn er denselben auch nominell auf den Boden-anrechnungswert schlägt und dadurch den letzteren um durch-



schnittlich 29 pCt. erhöht, so erläßt er den Ansiedlern auf der andern Seite den vierten Teil der landesüblichen Verzinsung dieses Wertes, indem er nur eine Bodenrente von 3 statt 4 pCt. verlangt und außerdem die öffentlichen Ländereien umsonst überweist.

Die Ansiedler erwerben also den Boden zum Selbstkostenpreis der Kommission, und obwohl sie an teuren Kaufpreisen der letzteren mitzutragen haben, steht doch fest, daß sie bei privaten Parzellierungen ihr Land nicht zu niedrigeren Preisen erhalten würden.

Die Rente beträgt im Durchschnitt mehrerer hundert Stellen nicht mehr als 17 Mark pro ha und bleibt in dem regelmäßigen Fall, daß der Ansiedler sein Gehöft ganz neu aufzubauen hat, für drei Freijahre un erhoben. Es ist aber zu berücksichtigen, daß auch kein Viertelmorgen unverschuldet ist, da Anzahlungen für den Boden nicht geleistet werden.

Um so wichtiger wäre es, an den sonstigen Kosten der Stellen zu sparen.

Der landwirtschaftliche Kleinbetrieb ist ohnehin gegenüber der Großwirtschaft wesentlich im Nachteil durch den relativ bedeutenderen Aufwand, welchen seine bauliche Ausstattung erfordert. Unsere bereits ansässigen Bauern empfinden das nur deshalb nicht als schweren Druck, weil an ihren heutigen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden meistens Generationen gearbeitet haben. Der Kolonistator muß suchen, auf eine ähnlich allmähliche Entstehung des Ansiedlungsbildes hinzuwirken, um eine Erschöpfung der vorhandenen Mittel und unproduktive Schulden zu verhüten.

Die Ansiedlungskommission glaubte nun anfangs, die Ansiedler vor Ueberschuldung sicher stellen zu können, wenn sie den Nachweis und die Hinterlegung eines Vermögens verlangte, welches einem Drittel des Bodenanrechnungswerts gleichkam. Für den Fall, daß das nicht ausreichen sollte, hatte



sie die Absicht, „Ergänzungsdarlehen“ in der Höhe der Hälfte der vorgenannten Summe zu gewähren.

Ein Drittel des Bodenwerts genügt auch vollständig zum Aufbau der Stellen, wenn man verfährt, wie gegenwärtig bei den Parzellierungen im Kreise Kolberg-Körlin, wo der Unternehmer den Leuten die Gebäude in Holz richtet und ihnen das Einleben der Lehmwände, das Dielen und den ganzen Ausputz überläßt. Genau so hat es Friedrich der Große bei seinen Kolonisationen in Pommern gemacht. Auch in Nordamerika haufen die Ansiedler jahrelang im Blockhaus oder in höchst einfachen Bretterbuden. Die Herstellung schöner und behaglicher Gebäude folgt nach, wenn die Wirtschaft die dazu erforderlichen Ueberschüsse geliefert hat.

Mit einem ähnlichen Verfahren haben einzelne posenwestpreußische Ansiedlungen, wie z. B. Dollnick-Parusche, vorzügliche Erfolge erzielt. Durch Leute aus der Nachbarschaft, und zwar vorwiegend durch frühere Arbeiter, besiedelt, ist diese Kolonie in der sparsamsten Weise unter Beihilfe der Ansiedler selbst aufgebaut. Die meisten von ihnen legen jetzt schon Ersparnisse zurück, das Aufbringen der Renten macht gar keine Schwierigkeiten. Der verlangte Vermögensnachweis hat dort nur bei den kleinsten Stellen nicht genügt, und haben dann geringe Ergänzungsdarlehen der Kommission hinreichend aus-geholfen.

Das ist aber keineswegs die Regel. Die meisten Ansiedlungen sind von vornherein in Massivbauten aufgeführt worden, und zwar ebensowohl da, wo der Bau von den Kolonisten selbst, als auch, wo er von der Ansiedlungskommission besorgt worden ist, wie es namentlich in drei Pächterkolonien der Fall war. Die Kommission hat allerdings mit Erfolg versucht, die Kosten für die Massivbauten möglichst zu erniedrigen, indem sie die Baumaterialien im großen herstellt, herbeischafft und zum Selbstkostenpreise abgiebt. Sie be-



treibt zahlreiche Ziegeleien und eine Dampfschneidemühle. Auch läßt sie sämtliche Baupläne der Ansiedler durch ihr Baubureau kostenfrei revidieren, auf Wunsch entwerfen und hat hie und da Bauten als beauftragte Unternehmerin für die Kolonisten ausgeführt.

Das letzterwähnte Verfahren hat sich ganz besonders bewährt, weil die Kommission dabei zwar die Wünsche der Ansiedler vollständig berücksichtigen, ihrer Selbständigkeit also den durchaus erforderlichen Spielraum lassen und doch aufs wirksamste der oft bemerkbaren Neigung entgegenzutreten vermochte, über die Bedürfnisse hinaus weitläufig zu bauen. Aber auch da, wo nur den dringendsten Anforderungen an Räumlichkeiten genügt wird, stellen sich die Bauten meist höchst kostspielig.

In den erwähnten Pachtansiedlungen betrugen für 39 Stellen die Baukosten 356 Mark pro ha oder 52 pCt. des Bodenwertes. Jene 39 Stellen sind im Durchschnitt 17 ha groß. Auf 7 Pachtstellen von durchschnittlich 9 ha beträgt das Gebäudekapital aber 120 pCt. des Bodenwertes. Dabei sind die Kosten der Inventarbeschaffung noch ganz außer Ansatz geblieben.

Nun ist allerdings richtig, daß die Ansiedler sich vielfach mit eigenen Arbeitsleistungen am Hausbau beteiligen. Aber andererseits unterliegt es auch keinem Zweifel, daß der erforderliche Vermögensnachweis von einem Drittel des Bodenwertes angesichts solcher Aufwendungen in keiner Weise ausreicht.

Es fehlt zwar nicht an zahlreichen Ansiedlern, welche tatsächlich wesentlich mehr als dieses Minimum besitzen. Das trifft namentlich für viele Abkömmlinge der alten Kulturgebiete von West- und Süddeutschland zu, weil sie regelmäßig aus dem Verkauf ihres heimatlichen kleinen aber wertvollen Besitzes beträchtliche Mittel gewinnen konnten; man begreift, daß die Kommission über die neuerliche Mehrung dieses kapitalkräftigen Zugzugs eine lebhafteste Genugthuung empfindet. Aber der



größere Teil der bisher angesetzten Kolonisten hat höchstens noch einen Notgroschen mehr als nachzuweisen ist; einzelne haben, um den Vermögensnachweis führen zu können, geliehene Gelder beigebracht.

Die Folge ist, daß die Mehrzahl neben den Renten noch mehr oder weniger bedeutende Kapitalschulden auf sich genommen hat. Die Ansiedlungskommission selbst hat sich genötigt gesehen, das Maß der zu bewilligenden Ergänzungsdarlehen zu erweitern. Dieselben betragen im Höchstfall, nämlich für Stellen unter 15 ha, ebensoviel wie das nachgewiesene Baukapital und sind mit 4 pCt. zu verzinsen.

Manche haben von vornherein mehr Land aufgenommen, als ihren Betriebsmitteln und ihrer Arbeitskraft entsprach. Sie müssen arbeitssparende Maschinen beschaffen; oft genug wird ihnen zu viel und gar nicht passende Maschinerie durch Agenten gegen Abzahlung zu teureren Preisen aufgebrängt.

Zu dem allen kommt noch die Notwendigkeit, die Drainagekosten der Ansiedlungskommission mit 3 pCt. zu verzinsen und die Darlehen zurückzuzahlen. Es muß als äußerst fehlerhaft hervorgehoben werden, daß die Kommission die Rückzahlung ihrer Ergänzungsdarlehen und Drainagegelder innerhalb einer Frist von 10—20, bezw. 25 Jahren verlangt, wodurch die Verzinsung sich für diese Zeit auf wenigstens 7—9 pCt. erhöht. Ein solches Verfahren widerspricht den ersten Anforderungen des Immobilien-Kreditwesens.

Wo die Ansiedler keine anderen Schulverbindlichkeiten haben, als die Rente und die Zinsen für Gelder der Kommission, erscheint die Last in allen denjenigen Ansiedlungen immerhin wohl erträglich, deren Boden drainiert und innerhalb der Freijahre in einen ertragsfähigen Zustand gebracht worden ist.

Die Renten- und fiskalische Zinsbelastung stellt sich für 276 Rentengüter auf durchschnittlich etwa 22 Mark pro ha und einschließlich der Rückzahlungen auf vielleicht 30 Mark.



Zieht man aber in Betracht, daß, wie ausgeführt wurde, viele Kolonisten außer den fiskalischen noch andere Schulden haben, daß sie großenteils auf ausgehungertem, vereinzelt auf schlechtem Boden sitzen, und überdies die Witterungsverhältnisse in den Ansiedlungsprovinzen seit dem Jahre 1887 recht ungünstige gewesen sind, so kann es nicht wunder nehmen, wenn man in den Kolonien neben zahlreichen ausgezeichnet situierten Wirten doch auch recht viele gefährdete Existenzen findet, bittere Klagen zu hören bekommt und die Renten und Pachten keineswegs regelmäßig eingehen. Die Kommission begnügt sich dem gegenüber vorläufig mit der Gewährung von Stundungen; sie trägt mit Recht eine gewisse Scheu, die einmal festgesetzten Bedingungen abzuändern, weil die Gefahr nahe liegt, daß sie dadurch die Arbeitsenergie bei trägen und leichtsinnigen Personen abschwächt, die Ausscheidung solcher Elemente verzögert und die Ansiedler wie eine Art von Staatspensionären sich fühlen lehrt. Für viele Ansiedlungen läßt sich nach den Erfahrungen weniger Jahre überhaupt noch nicht klar erkennen, ob thatsächlich die den Kolonisten auferlegten Pflichten zu schwer sind. Daß aber die Kommission späterhin ihre Anforderungen in vielen Fällen herabzusetzen genötigt sein wird, kann nicht bezweifelt werden. Will sie die zukünftig anzusetzenden Kolonisten vor Ueberschuldung sichern und doch den Kreis der Anwärter nicht durch das Verlangen eines größeren Kapitalbesitzes in beklagenswerter Weise einengen, so wird sie entweder einen Teil der Baukosten nach dem Vorgange Friedrichs des Großen auf Staatsfonds übernehmen oder aber in irgend welcher Weise dafür Sorge tragen müssen, daß die Größe und namentlich die Einrichtung der Stellen ein richtiges Verhältnis zu den vorhandenen Kräften und Mitteln der einzelnen Kolonisten innehalte. In Hinsicht auf die ökonomisch-finanziellen Anforderungen des Ansiedelungswerkes volle Klarheit geschaffen zu haben, ist ein nicht zu unterschätzendes allgemeines Ergebnis der posen-westpreussischen Kolonisation.



Daß dieselbe für die Staatskasse keinen Gewinn bringen konnte, noch jemals bringen wird, bedarf angesichts ihrer besonders schwierigen Voraussetzungen, keiner weiteren Erklärung. Ganz gewiß erkaufte aber auch der Staat mit dem Aufwande von einigen Millionen Mark die sozialen, volkswirtschaftlichen und militärischen Vorteile nicht zu teuer, welche die Begründung mehrerer tausend Bauernstellen in sich schließt.

Unser Gesamturteil über die Thätigkeit der Ansiedlungskommission werden wir dahin zusammenfassen können: sie hat allerdings Fehler gemacht, aber diese Fehler sind im wesentlichen nur kalkulatorischer Natur und können durch geringe finanzielle Opfer leicht wieder ausgeglichen werden. Sie gingen hervor aus dem Mangel an Erfahrung auf kolonisationsatorischem Gebiete, aus Mangel an Kenntnis von den Bedingungen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebs. Unsere Landwirtschaftswissenschaft dürfte von einer Mitschuld daran nicht freizusprechen sein.

Den kolonial-technischen Teil ihrer Aufgabe hat die Ansiedlungskommission hingegen nach kurzer Versuchszeit in vortrefflicher Weise zu lösen gewußt. Es gibt in der That kein Kolonialgebiet der Erde, in dem das Gedeihen der Ansiedlungen in so sorgfältiger und verständnisvoller Weise vorbereitet und sichergestellt würde, wie in der jüngsten aller kolonisationsatorischen Unternehmungen.

Die Erfahrungen, welche die Verwaltung in Posen-Westpreußen gemacht hat, werden nicht verloren sein. Es ist eine größere Zahl von technischen und Verwaltungsbeamten herangebildet, welche ihre Kenntnisse bei den in Aussicht stehenden umfassenderen Kolonisationen in den übrigen Provinzen werden verwerten können.

Die Thätigkeit der Ansiedlungskommission und die neuen unseren Agrarbehörden gestellten Aufgaben geben zugleich Anlaß zu einer allgemeineren Betrachtung:

Es ist kaum ein Staat außerhalb der deutschen Grenzen,



welcher in der Lage wäre, einer öffentlichen Behörde eine so ausgebehnte und schwierige Verwaltung, wie diejenige der Ansiedlungskommission es ist, mit der Sicherheit übertragen zu können, daß sie derselben binnen kurzer Frist gewachsen sein und vor allem sie in untadelhafter Ehrlichkeit führen werde.

Wir sind gewohnt, dieses letztere als etwas Selbstverständliches zu erwarten. Doch dürfen wir wissen, daß nur sehr wenige Länder eine gleich leistungsfähige und vertrauenswürdige öffentliche Organisation besitzen wie das unsrige. Wenn wir uns dessen erfreuen, so verbindet sich damit die Empfindung des Dankes gegen die Monarchie, welche es verstanden hat, in jahrhundertelanger Arbeit den Geist der Pflichttreue und der Aufopferung für das Ganze durch ihr eigenes Beispiel in den Dienern des Staates zu verbreiten. Wir verehren aber in dem Monarchen nicht nur den pflichtbewußten Leiter unserer öffentlichen Verwaltung und ruhmvollen Armee, wir sehen in ihm zugleich die *vis mediatrix*, welche, über den Parteien stehend, zur rechten Zeit noch immer die Mittel gefunden hat, in die Kämpfe der gesellschaftlichen Klassen gerecht und ausgleichend einzugreifen. In diesem Sinne ist das Gesetz gedacht, welches, bestimmt den ländlichen Arbeiterstand zu heben und den bäuerlichen Besitz zu mehren, in seiner Anwendung — wie wir sicher hoffen dürfen — die sozialen und wirtschaftlichen Verwickelungen der östlichen Provinzen einer gezielten und friedlichen Lösung entgegenführen wird. Zu dem Gedanken der sozialen Gerechtigkeit hat unser Kaiser in seinen Februar-Erlassen sich in warmem Impulse vor aller Welt bekannt, der Mahnung eingedenk des Hohenzollern-Herzogs Albert, die am Schloß zu Königsberg seit Jahrhunderten in Stein gegraben steht:

*Parcere subjectis et debellare superbos*

*Principis officium est, Musa Maronis ait.*

*Sic regere hunc populum, princeps Alberte, memento,*

*Sed cum divina cuncta regentis ope!*



Und so ist es denn wahrlich nicht ein Beugen vor dem Mächtigen, sondern der Ausdruck des tiefen Bewußtseins von dem, was unser Volk seinen Herrschern dankt und in ihnen besitz, wenn wir uns mit treuem Herzen in dem Wunsch vereinigen:

Möge der Hohenzollernstamm blühen für alle Zeit, möge unserm Kaiser und König eine lange Regierung beschieden sein, reich an Thaten des Friedens — zum Heile des Vaterlandes.















